

für Halle vierteljährlich bei zweimaliger Anlieferung 2,50 M., durch die Post 3,25 M., auswärts Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichs-Postämtern angenommen.

Im amtlichen Zeitungs-Bereichsliste unter „Saale-Zeitung“ eingetragen. Für unentgeltlich eingehende Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Abdruck nur mit Quellenangabe: „Saale-Bl.“ gestattet.

Generalredakteur der Redaktion Nr. 1140; der Anzeigen-Abteilung Nr. 176; der Abonnentenverwaltung Nr. 1133.

werden die Expeditions-Kolonnen oder deren Raum mit 30 Pf., solche aus Halle mit 20 Pf., berechnet und in unseren Annoncenstellen und allen Kassen-Expeditionen angenommen. Reflektions-Zeile 75 Pf. für Halle, auswärts 1 M.

Ersteinst täglich einmal, Sonntags und Montags einmal

Redaktion und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, im Sandenbühlweg 17; Bezugspreisliste: Blatt 24.

# Saale-Zeitung.

Günstbierzehnter Jahrgang.

Nr. 129.

Halle a. S., Freitag, den 17. März.

1911.

## Die Frankfurter Universität. — Zwei Forschungsinstitute. Lehraufträge für soziale Wissenschaft.

### Abgeordnetenhaus.

50. Sitzung vom Donnerstag, 15. März.

Am Ministertisch: v. Trost zu Solz, Abg. Frhr. v. Jellib (frz.), der die große Mehrheit des Hauses

vor Eintritt in die Tagesordnung erklärt. Abg. Frhr. v. Jellib (frz.), daß die große Mehrheit des Hauses vorzugehen, zunächst die Etatsberatungen möglichst bald zu Ende zu führen. Man hoffe, sie am 24. März zu beenden. Dann würden bis zum 6. April Plenarsitzungen zu folgen haben, in denen die Gelegenheitswörter über die Zweidrittel- und die ersten Lesungen einer Reihe von Gesetzentwürfen erledigt werden könnten. Das Haus würde dann nach 11 Uhr am 2. Mai wieder zusammentreten. Präsident v. Krosigk ist mit dem Plane einverstanden, meint aber, daß es etwas opportun sei, wenn man hoffe, den Etat bis zum 24. fertigzustellen. Die zweite Lesung des

### Kultusetats

wird fortgesetzt beim Kapitel „Universitäten und Charité-Krankenhaus Berlin“. Hierzu liegt ein Antrag Dr. Friedberg (mtl.) vor,

die Errichtung einer nichtstaatlichen Universität in Frankfurt a. M.

nicht anders, als auf Grund eines Gesetzes zu genehmigen; ferner ein Antrag Schmedding (frz.), zur Ausfüllung der in den Besonderen der Universitätsbibliotheken vorhandenen Lücken in die Hausstatistik der Jahre 1912 bis einschließlich 1916 außerordentliche Beträge von je etwa 200 000 M. einzusetzen.

Ferner liegt ein Antrag der Budgetkommission vor, die für den Umbau des Bibliotheks-Instituts der Universität Frankfurt bewilligte Summe unter der Bedingung zu verwenden, daß dem Abgeordnetenhaus noch in dieser Session ein superrevidiertes Projekt vorgelegt wird.

Abg. Graf v. Harnhausen (konf.) fragt, warum die Universität Ostpreußen bei der Verteilung der Bibliotheksfonds leer ausging.

Abg. Schmedding (frz.): Die Universität Berlin sollte ursprünglich ausschließlich eine Stätte der Forschung sein, die Provinzialuniversitäten hingegen Fachschulen. Diese Abgrenzung ist jetzt nicht mehr vorhanden. Wohl aber steht zu befürchten, daß die Kaiser-Wilhelm-Akademie die Professoren mehr den Forschungsaufgaben zuführt und sie damit den Universitätsaufgaben entzieht. Zu begrüßen ist, daß im Vorjahre zwei Erlasse die Lage der außerordentlichen Professoren zu bessern suchten. Als Ziel muß der Minister weiter vorschreiben, daß an jeder Universität Professoren für Sozialpolitik, Nationalökonomie und Kolonialrecht vorhanden sind. (Beifall im Sitz.)

Abg. Dr. Friedberg (mtl.): In seine Stellungnahme zu dem Frankfurter Universitätsprojekt müssen wir uns vorbehalten, bis das Projekt abgeschlossen ist. Es ist zu fragen, ob eine Universität Frankfurt a. M. eine Rückmeldung auf die benachbarten Universitäten hat. Es ist nicht ausgeschlossen, daß diese Universitäten in ihrer Frequenz geschädigt werden. Es ist ein Schritt von außerordentlicher Tragweite; deshalb müssen wir verlangen, daß eine Entscheidung seitens der Staatsregierung nicht getroffen wird, ohne dieses Haus zu fragen. Nach der Verfassung ist das Schul- und Unterrichtswesen durch Gesetz zu regeln und es wäre eine Rücksichtslosigkeit, wenn dieser Schritt ohne Befragen der beteiligten Körperschaften gemacht würde.

Abg. Dr. Reibold (frz.) befürwortet den Antrag Dr. Friedberg. Die Errichtung von

### Professuren für Sozialwissenschaft

ist notwendig. Der Redner fragt, ob die Kunde bei Halberstadt auch in Berlin ausgefüllt werden. Die Verpachtung von Universitätsgebäuden darf nur unter dem Gesichtspunkte einer rationalen Bewirtschaftung erfolgen.

Abg. v. Hegelmeier (konf.): Unter Zustimmung meiner Fraktion bringe ich die Behauptung vor, die wir gegen die Errichtung einer Universität Frankfurt a. M. haben. Wenn eine solche städtische Universität errichtet wird, so wird damit ein ganz neuer Weg beschritten. Es wird mit dem Prinzip der staatlichen Universität gebrochen. Wenn es auch im Ausland anders ist, so folgt daraus nicht, daß wir den bisher beschrittenen Weg verlassen sollen. Es ist von jeder Deutschlands Seite gewesen, daß die Landesherren die Wissenschaft förderten. Der Redner der Fürsten war von großem Nutzen. Die Freiheit der Universitäten und ihrer Lehrer ist unter dem Schutze der staatlichen Leitung in größerem Maßstab gewährleistet. Soll dem Minister ein Ermessungsrecht der Professoren ausüben? Soll Frankfurt Vorlesungsrechte erhalten? Wir vertritt es sich mit der Verwendung der Mittel? Wir können nicht wünschen, daß eine Universität, der das Recht zukommt, akademische Grade zu erteilen, von der staatlichen Leitung mehr oder weniger frei wird und dem Einfluß einer Stadtverwaltung untergeordnet wird. Es ist kein Bedürfnis für eine Universität Frankfurt a. M. vorhanden. In 100 Kilometer Umgebung von Frankfurt gibt es vier Universitäten. Das gelehrte Proletariat würde nur noch vermehrt werden. Die Frankfurter werden sich ja schon in dem Traum einer Universität. Wir würden gegen die Vernehmung des Glanzes der Stadt Frankfurt beitragen. Frankfurt soll auf dem Wege der Hochschulverwaltung, den es schon eingeschlagen hat, beharren. Würde die Universität ge-

gründet, dann würden bald die Stiftungsgelder nicht mehr ausreichen und der Ruf nach Staatshilfe würde laut werden. Der Resolution Dr. Friedberg stimmen wir zu, weil wir nicht wünschen, daß das Prinzip der Staatsuniversität wegen des Ehrgeizes Frankfurts durchbrochen wird. (Beifall rechts.)

Abg. Fund (frz.): Der Gedanke, eine Frankfurter Universität zu begründen, ist nicht neu und entspringt nicht ehrgeizigen Regungen. Schon die reichhaltigen Institute dieser Stadt rechtfertigen diesen Plan; hinzu kommen aber auch die in bestimmte Aussicht gestellten Stiftungen. Die Institute sollen planmäßig zusammengeschlossen werden und so ist die Universität in der Hauptstadt nur der neue

### Ausdruck für bereits bestehende Einrichtungen.

Auch ein höherer Stand von Lehrkräften ist schon vorhanden. Für die nötige einmalige Aufwendung von 1 575 000 M. ist schon jetzt die Summe von 1 034 000 M. bestimmt. Man fürchte also nicht, daß Frankfurt bald haaltische Hilfe fordern werde. Die Universität in Marburg wird neben Frankfurt ruhig weiter bestehen können. Wenn man weiter auf den Zugang der Studenten nach der Großstadt verweist, so mißdeutet man das nicht, indem man die Universität Frankfurt berührt. Welchen Charakter leicht unterliegt, der wird auch in der Kleinstadt unterliegen. Ich bin auch überzeugt, daß in bezug auf die Berufung der Lehrkräfte ein modus vivendi sich finden lassen. Wenn der Antrag den Zweck verfolgt, eine grundsätzliche gesetzliche Regelung des gesamten Universitätswesens herbeizuführen, so könnten wir das noch verheßen. Aber der Antrag hat zweifellos die Absicht einer Ausnahmebestimmung. Die Errichtung von Universitäten ist ein Kronrecht. Die Unterstufung des Antrages seitens der Konvention ist verständlich wegen ihrer Intention Gegenwart gegen die Städte, bedeutet es hier, daß auch die Nationalbibliothek diesen Antrag mit unterschrieben haben. (Beifall bei der Volks-

partei.) Kultusminister v. Trost zu Solz: Eine Anfrage wegen Gründung einer Universität in Frankfurt a. M. ist bisher an mich nicht gerichtet, ich habe daher keinen Anlaß gehabt, mich mit dieser Angelegenheit zu befassen. Ich habe zwar aus der Zeitung gelesen, daß der Magistrat Frankfurt a. M. mit einem Antrag auf Gründung einer Universität an die Stadtverordnetenversammlung herantreten ist. Ich muß aber abwarten, bis auch an mich eine Anfrage herantritt. Die erheblichen Bedenken gegen diesen Plan haben sich zu diesem vorliegenden Antrag vermindert. Nach dem allgemeinen Landrecht sind Schulen und Universitäten Anstalten des Staates. Dergleichen Anstalten dürfen nur mit Bewilligung des Staates errichtet werden. Wir werden daher, wenn an uns eine Anfrage herantritt, die Sachlage prüfen und zu unterliegen haben, ob die Voraussetzungen gegeben sind, die wir ihnen erteilen werden. Es wird ein Gesetz die Genehmigung erteilen, jedenfalls aber kann eine Universität

### nur auf Grund eines besonderen Gesetzes

errichtet werden. Daher ist gegen den Antrag von Dr. Friedberg nichts einzuwenden, denn die Rechtslage ist nach dieser Richtung nicht geschwächt. Es sind Befürchtungen ausgesprochen worden, daß durch Gründung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft die Universitäten geschädigt werden könnten. Die Begründung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft geht auf keinen geringeren zurück als auf Wilhelm von Humboldt, der in seinem großen wissenschaftlichen Plan sich dahin auspricht, daß zur wissenschaftlichen Vollständigkeit Universitäten, Akademien und Forschungsinstitute nötig sind. Die Institute sollen nur eine ergänzende Tätigkeit zu der der Universitäten ausüben. Wir erklären einen wesentlichen Vorzug in unseren Universitäten darin, daß sie nicht nur Lehranstalten, sondern auch Forschungsinstitute sind. Gerade dieser Umstand hat zu dem Wüthen der Universitäten beigetragen. An dieser Einrichtung werden wir mit aller Bestimmtheit festhalten. (Beifall.) Aber es gibt noch Forschungen, die über den Rahmen der Universitäten hinausreichen und die die volle Tätigkeit des Forschers für sein ganzes Leben beanspruchen. Und solchen wissenschaftlichen Problemen sollen die Forschungsinstitute der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft dienen. Es sollen an sie Persönlichkeiten berufen werden, die geeignet sind, auf diesem Gebiete mit Erfolg tätig zu sein. Es gibt unter unseren Gelehrten auch solche, die sich

### besser zum Forscher als zum Lehrer

eignen. Ich würde es bedauern, wenn sich alle bedeutenden Universitätsprofessoren zu diesen Instituten drängen würden. Es werden nur einige wenige sein, die sich besonders für die Forschungstätigkeit eignen. Es ist auch dafür gesorgt, daß einige Beziehungen zwischen den Forschungsanstalten und den Universitäten bestehen. In großen Problemen kann es sich auch um Spezialprobleme handeln, deren Durchforschung im Interesse der Wissenschaft erwünscht ist. Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft hat mit voller Kraft ihre Arbeit bereits in Angriff genommen und es ist in Aussicht genommen, in kürzester Zeit zwei solche Forschungsinstitute zu errichten. Wir haben allen Grund, dem Kaiser unseren Dank auszusprechen für die Entwidlung auf diesem Gebiete. (Beifall.) Die Umwandlung von Extraordinarien in Ordinarien wird dann erfolgen, wenn die betreffende Disziplin wirklich einen dauernden Wert hat. Wenn dies nicht so schnell geschehen kann, so liegt das an der finanziellen Lage des Staates, auch daran, daß zu weitgehender Spezialisierung vorgegangen wird. Mit den Alagen

### Schmerzen der Privatdozenten

befähigte ich mich schon lange; ich bedaure, erklären zu

müssen, daß ich zu einer gangbaren Lösung dieser Frage noch nicht gekommen bin. An eine Erneuerung meiner Befähigung den Universitäten gegenüber denke ich nicht. Die Befähigung, die ich habe, sind darauf, daß ich die Interessen der Universitäten wohl wahrnehme kann. (Sehr richtig! rechts.)

Abg. Wolf (frz.): Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft soll die Universitäten lediglich ergänzen; dazu empfindet sich, ihr Schaffensgebiet möglichst zu begrenzen. Im allgemeinen können wir auf die Universitäten nur stolz sein. Aber einige Beanwändlungen seien mir gestattet. So wird von einzelnen Professoren die ideale Seite ihres Berufes zugunsten der materiellen Seite besonders in den Hintergründen gelassen. Bedauerliche Einzelfälle sind es auch, daß

### wissenschaftliche Streitfragen vor der Mündung der Pflote

oder der Epige des Degens ausgefochten werden sollen. Da geht Mengers Wort: „Nicht hinter Hecken und Büumen erwarde ich meinen Gegner, sondern auf dem offenen Felde der Literatur.“ Zur Universität Frankfurt haben uns die Bemerkungen Funds nicht überzeugt. Frankfurt ist ja stolz darauf, daß es seinen Landrat hat. Es hat aber einen Landrat verliert, wenn auch nicht völlig verdrängt. (Beifall.) Nun zum Antrag Schmedding. Was 3. B. die Universität Bonn betrifft, so lassen Bibliotheksgebäude und Bibliothekseinrichtung viel zu wünschen übrig. An den anderen Universitäten wird es nicht besser sein. Unter Antrag ist also vollst. bedingt. Schließlich lenke ich des Ministers Aufmerksamkeit noch auf soziale Professorenlöhne. Ein Gehalt für soziale Arbeit sollte an einer einzelnen Universität doch möglich sein. Auch bei den Vorlesungen für die angehenden Verwaltungsbeamten muß die soziale Frage mehr heretrotten. Vielleicht lassen sich auch soziale Seminare bilden; die Lösung wird ja schwer sein. Mit diesen Seminaren liegen sich auch Erfahrungen in Industriegebiete usw. verbinden. (Sehr richtig! im Sitz.)

Kultusminister v. Trost zu Solz: Die Teilnehmer der sozialwissenschaftlichen Seminare an unseren Universitäten machen jahraus, jahrein Erfahrungen in die Industriegebiete und beschäftigen dabei Fabrikanten, Bergwerke u. dergl. Der Wunsch des Redners ist also schon erfüllt. Besondere

### Lehraufträge für soziale Wissenschaft

bedenken allerdings noch nicht, aber unsere Nationalökonomie, die beschränkten dieses Gebietes vollst. Es ist vielleicht angezeigt, sie und da einen besonderen Lehrauftrag für dieses Gebiet zu erteilen. Ich muß abwarten, ob eine Anregung auf dieses Gebiet durch die Beamten der beruflichen Organisationen an mich herantritt; ich bin dann bereit, in eine wohlwollende Erwägung dieser Angelegenheit einzutreten.

Abg. Casel (sp.): Einen Lehrauftrag für soziales Recht würden auch wir begrüßen. Allgemeine Behauptungen, die Professoren machen die Wissenschaft zur mühsamen Arbeit, hätten nicht aufgestellt werden sollen. Zur Universität Frankfurt sollte der Nachweis genügen, daß eine neue Pflanzstätte der Wissenschaft entstehen würde. (Sehr richtig! bei den Freil.)

### Die außerordentlichen Professoren

wünschen eine größere Teilnahme bei Beurteilung der Dissertationen und beim Doktorexamen selbst. Für die theoretische Pflanz, auf dem Gebiete der Sprachen- und Kulturforschung sind mehr ordentliche Professuren zu wünschen. Freie Forschungsinstitute ohne Lehraufträge sind notwendig, aber die Universitäten dürfen nicht zu bloßen Lehrstätten herabsinken.

Abg. Dr. Schroeder-Casel (mtl.): Für die Verbreitung der Kenntnisse der Arbeiterbevölkerung sollte auf den Universitäten mehr gehalten werden. Auf jeder deutschen Universität sollte eine ordentliche Professur für soziale Medizin errichtet werden. Es ist mir sehr schmerzhaft, daß ich in der Frage der Universität Frankfurt a. M. dem Abg. Fund nicht bestimmen kann. Wenn man eine freie Universität gründen würde, so würde das eine Durchbrechung des ganzen geltenden Systems sein. Ein Bedürfnis für Gründung einer neuen Universität ist überhaupt nicht vorhanden. Nicht nur die Marburger, sondern ganz Hessen klagt mit der größten Besorgnis auf die Gründung einer Universität in Frankfurt a. M. hin.

Abg. Dr. Riefel (sp.): Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft steht zu sehr unter dem Protektorat einer allzu hochgestellten Persönlichkeit, als daß es denkbar wäre, daß dieses Institut in unbestimmter Weise seiner Aufgabe gerecht werde. Die Privatkapitalisten tun nicht leicht um Gottes Willen, was anderen möglich ist. Der freien Initiative der Selbstverwaltungskörper auf Gründung von Forschungsinstituten muß mehr Spielraum gelassen werden. Aus dem Professorenkreis ist inzwischen ein „Ständebuch“ geworden. Von einem Streit um die Fundamentaltippe ist in unserer Presse nie gesprochen worden. Daß die Freiheit der Wissenschaft gegenüber der Kurie mit dem nötigen Nachdruck von der jetzigen Regierung verfolgt wird, glaubt niemand. Die Ideologie ist keine Wissenschaft, sie gehört nicht in die Universitäten hinein. Für sie aber gar den Vorschlag zu fordern, ist eine Anmaßung. Für die Drogenen besteht bei uns keine Freiheit, aber auch nicht für die Studenten. Erinnert man sich nicht, daß in Halle die Studenten für den bürgerlichen Kandidaten Schlegelbecker stellten mußten?

Die Berliner Universitätsreformer hätte eine großartige Anregung für die Wissenschaft werden können — sie wurde aber bismarckianisch klümmig. Man denke an die unzulängliche, auf tiefem Niveau stehende Rede des Prof. Dr. Schlegel. Ein geschmacklos war die Jubiläumstafel: war die Reier selbst. Eine amte Widmung war die Ernennung Roserfelds zum Ehren doktor, kein Mensch hatte eine Meinung, für



welche Verdienste dieses Ikonographen, der in Europa von einer Unzahl von anderen gefolgt ist. Man sollte sich die amerikanischen Universtitäten, ihre Einrichtungen, ihre öffentlichen Gebäude zum Muster nehmen. Als Gegenstand gegen die Spezialisierung in Fakultäten dient weitgehende Universtitätisierung. Das ahmen Sie nach, statt der Radikalität gegen die Bildungsbehörden der Studenten!

Ein Schlußantrag wird angenommen, ebenso der Antrag Friedberg zur Frankfurter Universtitätisierung.

× **Abg. v. Weßendorf (konf.)** fordert Umwandlung des Extraordinariats für Kolonialgeographie in Berlin in ein Ordinariat.

Die **Abg. Stroßer (konf.)** und **Dr. Wagner (frk.)** verlangen Verbesserungen bei den Universtitäten in Breslau, die **Abg. Hoff (sp.)**, **Dr. Schiffer (nfr.)**, **Hies (nfr.)**, **Dr. Hauptmann (fr.)**, **A. Geßler (konf.)** und **Schmedding (fr.)** bringen noch eine Reihe von Einzelwünschen vor.

Damit ist das Kapitel „Universtitäten“ erledigt. Nächste Sitzung Freitag 11 Uhr: Rest des Kultusetats. Schluß gegen 6 Uhr.

## Deutscher Reichstag.

140. Sitzung vom Donnerstag, den 18. März, 1 Uhr.

Im Hause des Bundesrats: **Dr. Deßler.**

### Der Etat des Reichsanwalts des Innern.

(Fünftes Tag.)

Die Beratung wird fortgesetzt bei den allgemeinen Fonds.

× **Abg. Dr. Pfeiffer (fr.)** kritisiert die Zentralisierungsbestimmungen des Direktors von Schmidt im Germanischen Museum in Nürnberg. Unter der Ueberfülle der Kunstgegenstände laufen die Leute mit dem Besuche in der Hand durch die Säle und gehen nur auf die mit Stern versehenen Bilder. Man sieht uns auch wertlose Dinge nach Bayern, für die wir keinen Dank. Es gibt ja auch wohl manche Preußen, die uns die Ehre des netten überlassen würden. (Seitensatz) Es muß für eine Verständigung unter den Bundesstaaten über eine amnestisierende deutsche Museumsorganisation gesorgt werden; dann würde sich auch leicht eine Einigung über das Bismarckdenkmal bei Bingerbrunn ergeben lassen.

× **Abg. Graf-Weimar (wirtsch. Bg.)** begründet eine von Angehörigen aller bürgerlichen Parteien unterzeichnete Resolution auf Vereinfachung von zehntausend Mark jährlich zur Unterstützung der Nationaltheater für die deutsche Jugend in Weimar. Die Budgetkommission hat die Resolution abgelehnt.

× **Abg. Dr. Pfeiffer (fr.)**: Es sind moralische Bedenken geäußert worden gegen die Weimarer Studienfahrten von Schülern und Schülerinnen. Wenn die Aufsichtsbearbeiter ihre Pflichten in der Fahrt ganz unbedenklich. Gemeinliche Spaziergänge im Park von Weimar sollte man nicht so leicht nehmen. Dagegen weisen wir die Gehmaßlosigkeiten teutonischer Stiefelnaturen zurück, die den Schülern angelehrt der Wartung über den schmahlsten Block sprechen. Die Politik hat da aus dem Spiele zu bleiben.

× **Abg. Dr. Heßler (sp.)**: Das Unternehmen geht vom Deutschen Schriftstellerbund aus. Man sollte möglichst vielen Schülern und Schülerinnen Gelegenheit geben, von der gemeinsten Stütze Weimars Einblicke ins Leben mitzunehmen. Die Tagespolitik muß natürlich ferngehalten werden. Moralische Bedenken haben wir nicht. Die schöne Zeit der jungen Liebe wollen wir der Jugend nicht verzerren, sondern vielmehr uns gern ihrer erinnern. (Seitensatz, Beifall.)

Die Abstimmung über die Resolution wird bis zur dritten Lesung zurückgestellt.

× **Abg. Bajeremann (nfr.)** befragt die Fortschritte in der Politik und bittet um Unterstützung aus Reichsmitteln. Wie steht es mit der vorjährigen Resolution auf Errichtung einer Reichsanstalt für Luftschiffahrt?

× **Abg. Frhr. v. Mischow (konf.)** hält eine besondere Reichsanstalt nicht für notwendig, dagegen eine internationale Organisation des gesamten Luftschiffahrtswesens.

× **Staatssekretär Dr. Deßler**: Für eine Zentralstelle zur Förderung der Luftschiffahrt ist ein Organisationsplan ausgearbeitet. Ein endgültiger Beschluß läßt sich noch nicht fassen. Das eine Reichsanstalt notwendig ist, halte ich nicht für wahrscheinlich. Eine Verbindung der Interessen und Förderung dürfte hinsichtlich der Sache in ausländischer Weise vorzuziehen zu bringen, und es würden eventuell nur Beiträge des Reichs in Frage kommen. Wir müssen jedenfalls alles tun, um zu verhindern, daß Deutschland auf dem Gebiete der Luftschiffahrt ins Ausland überholt wird.

× **Abg. Dr. Dreßler (konf.)** begründet eine Resolution um schleunige Herbeiführung einer Veranbarung der deutschen Ozeanfahrtsstaaten über gemeinsame politische Vorschriften zur Regelung der deutschen Ozeanfahrtsfahrerei und zum Schutze des Fischbestandes an der deutschen Ozeanfläche sowie über eine zweimäßige Befahrung der Fischereizonen, ferner auf Vereinbarung eines internationalen Ozeanverkehrs über die Befahrung der Ozeane und der fischreichen Ozeanflächen.

× **Abg. Erberger (fr.)** stimmt der Resolution zu. Die Unterstützung unserer Fischer sei wahre Mittelstandspolitik.

× **Abg. Dr. Goerde (nfr.)** spricht sich ebenfalls für die Resolution aus, ebenso **Abg. Dr. Hahn (konf.)**. Dieser erneuert seine Forderung eines Schutzes für Seefische. Die Fischordnung ist äußerlich gesund und führt besonders dem Gehirn neue Stoffe zu. (Zuruf: Sehr nötig! Heiterkeit.)

× **Abg. Eppmann (sp.)**: Es geht den Fischen in der Tat schlecht, besonders wegen der großen Konkurrenz. Ich bin ausdrücklich beunruhigt, der Marine für ihr Entgegenkommen zu danken. Die Fischerbevölkerung leidet die Kosten des Dr. Hahns durchaus ab.

× **Ministerialdirektor Dr. von Jancowitsch** erklärt, daß über die Resolution mit dem preussischen Landwirtschaftsminister Rücksprache genommen werden soll; davon würden weitere Schritte abhängen. Den Transportwünschen hat sich die preussische Eisenbahnverwaltung sehr freundlich gegenübergestellt. Die beste Propaganda für die Fischschiffahrt ist ein billiger Preis. In den Warenhäusern reihen sich die Leute um die Fische. Auch wir wünschen eine Erhöhung des Fonds, stehen aber bei der Finanzverwaltung einzuweisen noch auf Widerstand, hoffentlich wirds bald anders.

× **Abg. Wegner (sp.)**: Bei der Rede Dr. Hahns kam wieder der agrarische Forderung zum Vorschein.

Die Resolution wird einstimmig angenommen.

× **Abg. Dr. Dahlem (fr.)** führt Beschwerde über die Handhabung des preussischen Kleingewerbes. Einige Leute werden reich entschädigt, andere verarmen in Not.

× **Abg. von Kappeler (konf.)** begründet eine Resolution, die im Reichsrat für soziale innere Kolonisation zum Zwecke der

Fürsorge für vorübergehend Arbeitslose nachdrückliche Förderung und Unterstützung durch die Landesregierungen einfließen. Leider ist das Land jetzt auf ausübliche Arbeiter angewiesen, während Tausende von Arbeitslosen die städtischen Sädel belasten. Die Frage wird überhört und die Kolonnen und die Zahl der Verbreiten steigt. Diese Leute müssen wieder für die christliche Arbeit gewonnen werden, dann können wir aus den Ozeanbereichen eine neue Provinz erobern. Diese Fürsorge ist notwendiger, als nach dem Nordpol zu fliegen, da oben ist verteuert wenig zu holen. Fröhliche deutsche Arbeiter sind mehr wert als eine Menge afrikanischer Diamanten. Die Meinungen des Reichsanwalts zwischen Stadt und Land soll hergestellt werden. (Beifall.)

× **Abg. Bajeremann (nfr.)** erklärt die Zustimmung seiner Partei zur Resolution. Der Vorrede hat vom Standpunkt des Landesregierungen gefordert, aber auch die städtischen Regierungen können an dieser Frage nicht mehr vorübergehen. Der Redner nimmt u. a. Bezug auf das Vorgehen der Mannheimer Stadterhaltung. Die vierteljährliche Tätigkeit der Zentralstelle für Volkswirtschaft zum Behen der unbedeutenden Volkswirtschaft darf mit Recht unsere Beachtung verlangen. An Anerkennung hat es hier nicht gefehlt, aber wertvoller ist schließlich die finanzielle Förderung. Daher sollte das Reichsamt sich gegen eine mäßige Erhöhung des Aufwandes nicht sträuben.

× **Staatssekretär Deßler**: Ich bin der letzte, der nicht anerkennt, daß die Zentralstelle für Volkswirtschaft wichtige Dienste geleistet hat und noch weiter leisten kann, aber wir müssen auf allen Gebieten sparen. Gibt mir die Finanzlage die Möglichkeit, so werde ich gern im nächsten Jahre auf eine Erhöhung des Zuschusses Bedacht nehmen. Der Staatssekretär macht Mitteilung von dem Ergebnis einer Umfrage bei den Bundesregierungen über die Wandernarmerfrage. Die Frage ist außerordentlich schwer zu lösen. Es ist schon sehr schwer zu entscheiden, wer arbeitswillig, arbeitsfähig, arbeitsunfähig ist. In einzelnen Gebieten wird für die Wandernarmer Arbeit gefordert, in anderen Gebieten schließlich mit einem geringen Geise nach der nächsten Gemeinde ab. Eine Umfrage bei den verbandlichen Regierungen hat die Schwierigkeiten einer geschickten Regelung bestätigt; zurzeit können keine Erklärungen, ob eine solche angebracht und möglich ist, für Ozeanbereichen lassen sich Wandernarmer ebenfalls dauern beschäftigen. Hier handelt es sich um eine der Kulturfragen, bei denen es mehr als auf gelegentliche Eingreifen auf das freiwillige Zusammenarbeiten aller beteiligten Kreise ankommt.

× **Abg. Dose (sp.)**: Es handelt sich hier in der Tat um eine völlig unpolitische Angelegenheit. Wir können nicht nur der Resolution Kapfenberg zu, sondern auch ihrer Begründung durch den Antragsteller. Wenn wir nur häufiger solche verständigen Neben von der Reden hören, würden wir auch häufiger zusammengehen können. (Abg. Kretz): Wir sind alle so!

× **Abg. Groeber (fr.)**: Nicht Almosen, sondern Arbeit! Dafür muß die Gesellschaft sorgen und die christliche Caritas hat schon lange eingeseht.

× **Staatssekretär Dr. Deßler**: Vor allem kommt es darauf an, schiffbrüchigen Erntelosen die Möglichkeit zu geben, wieder zu gesunden Verhältnissen zu kommen. Die arbeitslosen Bagganden kommen dafür natürlich nicht in Frage.

× **Abg. Seewering (sp.)**: Der Kern der Resolution Kapfenberg ist auch uns sympathisch, aber wir haben manche Bedenken; wir haben über den Verein, den wir unterstützen, keine Kontrolle. Sorgen Sie für gute Behandlung der Landarbeiter. Herr von Kapfenberg ist ein weiser Mann auf der Reden.

× **Abg. Wehrens (wirtsch. Bg.)** betont das Interesse der Gewerkschaften an der sozialen inneren Kolonisation. Die Resolution wird gegen die Sozialdemokraten angenommen.

× **Abg. Schiffer (fr.)** befragt eine von allen bürgerlichen Parteien unterzeichnete Resolution, die anregt, nach Anhörung der beteiligten gewerkschaftlichen Verbände die Errichtung einer Zentralstelle zur Hebung und Förderung der heimischen Textilindustrie in Aussicht zu nehmen und die zur Hebung der Produktion von Textilrohstoffen in deutschen Schutzgebieten geeigneten Maßnahmen zu treffen. Das deutsche Publikum sollte sich schämen, daß es von englischen Fabrikanten allein das Seil erwartet. Dabei sind viele englische Tuchmacher deutschen Ursprungs. Es ist eine ungläubliche Dummheit, das Beste immer im Auslande zu suchen. Auch hinsichtlich der Stoffe müssen wir uns vom Auslande befreien. Welche ungeheuren Summen zahlen wir nicht allein für Baumwolle aus Ausland!

× **Abg. Defer (sp.)**: Ein erheblicher Teil meiner Freunde hält ein Bedürfnis für eine neue Zentralstelle nicht für vorliegend. Der Redner spricht gegen die zunehmende Einföhrung von Installations- und Materialmonopolen bei den elektrischen Überlandzentralen. Zahlreiche Wettkommen liegen vor; aber mein Herr ist mit Trauer und Schmerz erfüllt, wenn ich an deren Behandlung hier im Hause denke. (Seitensatz, Zustimmung.) Das Installationsgewerbe ist durchaus lebensfähig; will man dem Handwerk nicht nur mit dem Munde helfen, dann legen man dafür, daß dieses neue Gewerbe nicht durch die großen Betriebe erdrückt wird. Bei der Ausgestaltung des Wegerechts müssen wir dafür sorgen, daß diese Monopolbildung nicht noch erweitert wird. Drei große Firmen haben das ganze Installationsgewerbe in der Hand, da hört doch verschrieenes auf! Wie sollen da die Angehörigen ihre Stellung verdienen können. Ich richte die erste Mahnung an die Großindustrie, die Gesetze zu beachten und die Gewerbetreibenden nicht zu verlegen. (Seitensatz, Beifall.)

× **Staatssekretär Dr. Deßler**: Eine so revolutionäre Rede auf dem Gebiete der Gewerbetreibenden habe ich noch nie gehört. Monopole, die auf Verträgen beruhen, sind nach der Gewerbeordnung zulässig, das ist eben ein Ausfluß unserer schrankenlosen Gewerbetreibenden. Wir können nicht verhindern, daß Betriebsweise vollständig vertrauen. (Zuruf des Abg. Deßler: Verhältnissen!) Ja, das könnte ja erzwungen werden, aber ob das durchzuführen ist, ist eine andere Frage, auf die ich heute keine Antwort geben kann. Wir werden der Schwierigkeiten nicht Herr werden, wenn wir nicht die Art an den Baum der Gewerbetreibenden legen wollen. Man könnte sich gegen monopolistische Auswüchse sträuben, indem man derartige Anlagen konfessionslos macht. Jedenfalls ist eine grundsätzliche Umgestaltung des Gewerbetreibenden durch ein Elektrizitätsmonopol nicht möglich, ohne die Gesetzgebung in Bewegung zu setzen. Auf dem Gebiete des Wegerechts könnte man Abhaken einführen.

× **Abg. Dose (sp.)**: Ich habe vorhin Herrn Kapfenberg zugehört. Nun glaube Dr. Hahn vorhin, er müsse sich renancieren und Herr Dr. Defer zustimmen. Dr. Defer denkt nicht im entferntesten daran, mit der Gewerbetreibenden aufzuräumen. Auch auf dem Boden des bestehenden Rechts ist es möglich, Ausschreitungen entgegenzutreten. Die Kartellfrage ist außerordentlich schwierig. Wir wissen ja, daß Dr. Hahn ein Kartellgesetz im Tischfalten liegen hat. Ich kenne es nicht, aber mißbillige es. (Seitensatz.) Die Besenden des Staatssekretärs gegen die Zentralstelle für die Textilindustrie sind berechtigt.

× **Abg. Dr. Hahn (konf.)**: Ueber die Rede Dr. Defers habe ich eine große innere Befriedigung empfunden. Seine sachlichen Ausführungen haben durchaus den Tatsachen entsprochen. Darum hat die Rechte und auch das Zentrum ihnen rückhaltlos zugestimmt. (Zuruf links: Na ach!) Die Zwischenfragen zeigten aber ein ge-

wisses Erstaunen, das gerade ein Mitglied der Volkspartei eine solche Rede hielt. Man hätte erwartet, einen Kontrast zu sprechen zu hören, da ja seit Jahren gerade die Kontrastisten die Interessen der wirtschaftlich Schwachen vertreten. (Schwachen des Gelächers links.) Freilich, tiefer darf man in die Welt der Rede nicht eindringen. Sie war schließlich doch ein Erlebnis. (Hoheufe links.)

× **Abg. Wagner-Tablau (sp.)**: Wir sind mitunter gegen alles, was von der Reden kommt. (Dr. Hahn: Das nächste Mal wird's anders!) Täuschen Sie sich nicht! Die platonischen Versicherungen des Dr. Hahn für Tablau-Verlauf nützen uns nichts. Wir hoffen, daß endlich wirklich etwas für die Arbeiter in unserer Kreise geschieht. Nach den Vorkensungen, die der schwarz-blau Block der letzten Zeit erlitten hat, ist ja zu hoffen, daß sich im nächsten Reichstag eine Mehrheit für unsere Wünsche findet.

## Deutsches Reich.

### Die Abrechnung mit der Wormser Gde.

In einer stark besuchten nationalliberalen Parteiverammlung in Worms sprach Mittwochsabend Reichstagsabgeordneter Dr. Stresemann in zweifelhäufiger Rede über die politische Lage im Reich und in Hessen.

Der Redner verbreitete sich eingehend über die Stellung seiner Partei bei der Reichsfinanzreform. In dieser Frage hätte die nationalliberale Partei ihr Verhalten unmöglich anders einrichten können, wenn sie überhaupt Anspruch darauf erheben wollte, eine liberale Partei zu sein. Sodann trat Redner sofort den Angriffen entgegen, die seit einiger Zeit von der „Wormser Gde.“ gegen die nationalliberale Partei und ihren Führer Bajeremann erfolgen. Herr v. Hehl glaube allen Ernstes, den allein ersten Ring zu besitzen, in seiner Proklamierung greife er Tag für Tag die Reichstagsfraktion in der schlimmsten Weise an. Schritte man aber zur Gegenwehr, so drohm er und lud die Landesparlament für seine Zwecke mobil zu machen. Solchem Verhalten gegenüber dürfe man im Reich und namentlich in Hessen keine Vogel-Strauß-Politik treiben, sondern man müsse mit allen Mitteln gegen die heftige Bevormundung Front machen. Das Reichsorgan Hepls, die „Wormser Zeitung“, habe bezweifelt, ob Herr Stresemann es wagen werde, in Mainz mit der „Wormser Gde.“ abzurechnen; tue er es dennoch, dann gelte es gegen den Willen des Landesvorsitzenden. Demgegenüber müsse er ausdrücklich betonen, daß Dr. Mann ihn erwidert habe, in Offenbach und Mainz zu sprechen, und der heftigste Landesparlament sei nicht im unklaren darüber, wie er (Stresemann) sich seiner Aufgabe entledige. Ueberhaupt spreche er heute nicht als Einzelperson, sondern im Namen des Gesamtausfühlers der nationalliberalen Partei, der der einflussreichen Auffassung, daß man nicht länger den heftigen Angriffen gegenüber schweigen dürfe, sondern gerade in Hessen für zum Ausdruck bringen müsse, wie die Parteiführung denke. Man habe überhaupt viel zu lange sich für die Partei verberlich gegenüber dem Einfluß gefallen lassen. Einen Bund mit dem in Worms hochgeehrten Dieber d. H. H. n. der in Hannover erklärte, er werde nicht eher ruhen, bis der letzte Nationalliberale aus der Provinz verschwunden sei, müsse die nationalliberale Partei aus Gründen der Selbstachtung energig ablehnen, dagegen mit den übrigen liberalen Parteien in allen kulturellen und liberalen Fragen geschlossen vorgehen.

Im Anschluß an Stresemanns, mit großem Beifall aufgenommenen Ausführungen sprach nach der Führer der Mainzer Nationalliberalen, Rechtsanwalt Dr. Wagenitzher. Er bezeugte die Befreiung der Partei von dem heftigen Einfluß als wahre Erlösung. Wohin die Reichsregierung mit dem von Herrn v. Hehl empfohlenen Bund der Landwirte führte, habe die Wahl in Hessen bewiesen. Die heftigste nationalliberale Partei sei kaum mehr weiter herunterzurückgegangen. Wieder sollte sie aber ganz zurückgehen, als durch die Gnade der „Wormser Gde.“ ihr Dornen frischen. Hier heiße es, lieber ein Ende mit Schrecken, als ein Schrecken ohne Ende! Die scharfe Abrechnung der beiden Redner mit der „Wormser Gde.“ wurde von den Anwesenden mit demontierten Beifall aufgenommen. Herr v. Hehl hat in der „Wormser Zeitung“ erklärt, wenn Dr. Stresemann es wagen, in Mainz die angelegentlich Abrechnung vorzunehmen, so habe er sich die nicht kleinen Folgen selbst zuzuführen. Man darf nun gespannt darauf sein, was der früher im heftigen Nationalismus Algenwaise tun wird.

### Die Privatbeamtenversicherung.

Der Bundesrat wird die Beratungen über den Entwurf des Versicherungsgesetzes für die Privatbeamten in der nächsten Woche wieder aufnehmen. Man kann wohl mit Bestimmtheit darauf rechnen, daß die Vorlage noch in diesem Monat im Bundesrat zur Verabschiedung gelangt, so daß die Einbringung in Reichstag bis zum Beginn des nächsten Monats zu erwarten ist.

Eine Umarbeitung der Vorlage hat schließlich in dem Ausschuss über die Erlassenen Kartagen, weitere Änderungen an dem Entwurf werden nicht vorgenommen.

### Die Kalbfischergelder.

Die Abstimmung über die Verwendung der Kalbfischergelder zur Hebung des Kalbfisches hatte am Donnerstag in der Budgetkommission des Reichstages folgendes Ergebnis:

Für den Erlaß der dem Reichs aus der Ausführung des Kalbfisches erwerbenden Kosten wird eine halbe Million Mark gebucht. Zu Propagandazwecken im Auslande sind zwei Millionen Mark bestimmt. Für präzise Verhältnisse wie für wissenschaftliche Arbeiten und Veranstaltungen zur Hebung des Kalbfisches nach näherer Bestimmung des Bundesrats werden 1 100 000 Mark verwandt, davon 500 000 Mark für die Kalbfisch-Korporation. Ein wissenschaftliches Institut für die Hebung des Kalbfisches wird 100 000 Mark zur Förderung der Moos- und Seefischerei 100 000 Mark. Zur Vergütung an von der Beteiligungsstelle zu bestellenden Kontrolloren und Probierern sollen 100 000 Mark verwandt werden und zur Beilegung der Kosten für Unterhaltung der Empfängerproben 700 000 Mark. 200 000 sind bestimmt zur Hebung des Anbaues tropischer und subtropischer Kulturgewächse in deutschen Schutzgebieten, und der Rest der Abgabe, nach der Schätzung im Etat 300 000 Mark, fließt in den Referendatsfonds.

Diese Spezialisierung des Verwendungsplanes der Kalbfischergelder wurde von der Budgetkommission mit 16 gegen 12 Stimmen beschlossen. Dagegen stimmte die gesamte Link- und das Zentrumsmittglied mit dem polnischen Mandat. Zu

# Ausland.

## Die Wünsche des englischen Flottenvereins.

Der Vorstand des britischen Flottenvereins hat einen Brief an die „Times“ gerichtet, in dem die Regierung aufgefordert wird, nicht fünf, sondern zwölf Schlachtschiffe in Bau zu geben. Wenn schon der Zweimächte-Standard endgültig preisgegeben sei, so müsse doch unbedingt daran festgehalten werden, daß England für jedes eine Schiff der zweifächigen Seemacht zwei baue. In den Jahren 1911 und 1912 aber werde Deutschland programmäßig sechs Schiffe auf Kiel legen, folglich müsse England mit zwölf antworten. Das sei um so notwendiger, als nach Ablauf des englisch-japanischen Bündnisses im Jahre 1915 einer neuen Lage im Stillen Ozean Rechnung zu tragen sei. Von diesem Jahre ab würde England gezwungen sein, eine große Flotte in den pazifischen Gewässern zu halten, während zugleich die Erhaltung der Seemächte am Mitteländischen Meer auch eine Verstärkung der britischen Streitkräfte in dieser Gegend zur Notwendigkeit mache. Um die überlebenden Kolonien zu schützen für die zu vermehrten Schiffbaukosten heranzuziehen, sei es geraten, dem von Rußland geäußerten Wunsch der Einführung eines Reichsverteidigungsparlaments entgegenzukommen.

Der Flottenverein fordert die Regierung auf, dieses Werk mit der sofortigen Einrichtung eines Reichs-administratades zu beginnen.

## Kalle und Umgebung.

Salle a. S., 17. März.

### Unser Zoo 1910.

Der Jahresbericht des Zoologischen Gartens führt diesmal, nachdem er des Wessels in der Leitung gedacht hat, zunächst an, daß die Stadt und die Gesellschaft anscheinliche Aufwendungen gemacht haben, den Garten in guten Stand zu setzen und knüpft daran die oft besängelte Bemerkung, daß, wenn unser Garten in gediegener Weise ausgebaut und gut im Stande gehalten wird, kein Zoologischer Garten der Welt sich in der Eigenart der ganzen Anlage mit dem unseren messen kann.

Das verfloßene Geschäftsjahr war nicht günstig, woran zum Teil der ungewöhnlich regenreiche Sommer Schuld gewesen sein mag. Die Abbonnementseinnahmen gingen von 9940,70 Mark im Jahre 1909 auf 8571,75 Mark zurück und nur

### 192176 zahlende Personen.

121 968 Erwachsene und 70 808 Kinder besuchten den Garten, während es im Vorjahre 122 974 Erwachsene und 72 844 Kinder, zusammen 195 818 Personen waren. Die für die Besuche in Rechnung gebrachten Tage waren 2067 zahlende Personen. Die schiefste Besuchertage waren der 19. November mit 1 und der 23. November mit seiner zahlenden Person. Zum Zwecke der Belehrung wurde der Garten von 22 055 Schülern und Schülerinnen hiesiger Volksschulen und von 2599 Schülern und Schülerinnen der hiesigen Mittel- und höheren Schulen besucht; es ist erfreulich, daß sich die letzten Zahlen um über 1000 gegenüber dem Vorjahre gehoben haben. Von auswärtigen Schülern waren unter Führung ihrer Lehrer und Lehrerinnen nur 7500 Kinder mit 532 Erwachsenen gegenüber 8831 Kindern und 1709 Erwachsenen im Vorjahre im Garten.

Für die Vergütung und Ergänzung des Tierbestandes wurden 12 789,88 Mark aufgewandt. Von den Neumischungen sind vor allem zu nennen: ein Paar Sumatra-Tiger, eine Senegal-Lwin, ein Paar Nöwwe aus Turkestan, ein Känguruh vom Himalaya, ein Paar Aris-Hirsche, ein Paar Gemsen, ein junger Kerabau-Wüffel, ein Werber-Hengst, ein tunesischer Eselshengst, ein Paar Schwarzgänsel-Kängurus, ein Ärgel: ein Paar Pinguine, ein Emu und ein Königsgaier. Ferner wurden dem Garten vom Landwirtschaftlichen Institut ein Canalbatard, ein Maultier, der 32jährige sog. „wissenschaftliche Mauesel“, sowie eine Kollektion der dararterreichsten Schafstollen leihweise überlassen.

Durch Geburten erfuhr der Tierbestand folgende Vermehrung: zwei Leoparden, drei Esbär-Braunbär-Bastarde, vier Schakale, zwei Raubhären, vier Rhinos-Affen, zwei Zebra-Mais, zwei Känguruh-Ratten, zwei Hirschgänsel-Antilopen, ein Aris-Hirsch, drei Damhirsche, ein Wapiti-Hirsch, ein sibirischer Steinbock, ein Lachs, ein Mähnenbock, drei Wuslon-Bastarde, drei Lamas, zwei Hirschgänsel-Bastarde. Außer zahlreichen Fawen, Truthühnern, Perlhühnern, Hühnern, Tauben und Mohlsch-Enten wurde auch in diesem Jahre wieder ein Wandu erbrütet, der allerdings sehr bald starb.

Mit gutem Erfolge wurde beim Elefanten ein am Rüssel befindliches Fibrom wogepolieret. Herr Professor Dr. Sieber, Oberarzt an der chirurgischen Universitäts-Klinik, und Herr Dr. Hertel, Assistent von Herrn Kreisarzt Friedrich, hatten die Freundlichkeit, gemeinshaftlich die ungewöhnliche und wegen des Blutreichthums des Rüsselgewebes nicht ungefährliche Operation auszuführen. Durch dauernde systematische Behandlung der Sohle gelang es auch, die schlechte Stellung der Hinterbeine unserer flugun- und gelesigen „Bunardi“ zu corrigieren, so daß sie sich nun zu einem fehlerfreien Exemplar auswachsen kann.

Die Tierverluste waren leider auch in dem vergangenen Jahre recht erheblich. Im Raubtierhaufe verloren wir: eine Löwin, den weißlichen Sumatra-Tiger, der leider auch das Leoparden-Welches mit Tuberkulose infiziert hatte, so daß dieses, um nicht eine weitere Ausdehnungsgefahr zu bilden, getötet werden mußte. Auch in den Berg-

gelegen waren einige erhebliche Verluste zu beklagen: so wohl der weibliche Sinal-Steinbock wie die Gais des sibirischen Steinbocks gingen ein, auch der junge sibirische Steinbock sowie der junge Tahr starben in den ersten Monaten ihres Lebens. Weitere größere Verluste waren: ein Paar Aris-Hirsche nebst Jungen, ein virginischer Hirsch, eine Gemse, ein Springbock, eine Hirschgänsel-Antilope, ein Wombat, ein Schwarzgänsel-Känguruh und ein selb. Beginn des Gartens vorhandenen Halsbandkränze.

Die Inventur am 31. Dezember ergab folgenden

### Tierbestand:

230 (322) Säugtiere in 110 (108) Arten, 404 (348) Vögel in 118 (112) Arten, 19 (35) Reptilien in 7 (13) Arten, zusammen 662 (705) Tiere in 235 (233) Arten.

In die Landwirtschaftskammer für die Provinz Sachsen soll die Landwirtschaftskammer Göttinge angeschlossen werden. Hierüber wird die auf den 24. März einberufene 6. ordentliche Plenarversammlung der Göttinger Landwirtschaftskammer Beschluß fassen.

Einmalig Defoit-Abend in den „Kaiserhöfen“. Zum zweiten Male in dieser so erzieherischen Konzeption ist nun gefestigt abend Frau Susanne Defoit aus Berlin ihre Lieber vor, mit denen sie durch die Subtilität des Vortrags, der durch eine sehr degente Mimik die beste Unterhaltung fand, begeisterte und ergriff. Der den köstlichen Kinder-Liedern gelauscht, aus denen es singt und klingt wie im Märchen aus uralten Zeiten, muß das Herzinnige der Wiederbege, die Schlichtheit des Vortrags und die warm quellende Schönheit dieser Mesopopranstimme immer wieder aufs neue bewundern. Ueber das Programm und die gegebenen Zugaben näheres im Abendblatt. W. G.

Christlicher Verein Junger Männer. Am nächsten Sonntag, abends 8 Uhr, findet ein öffentlicher Tee-Abend für Damen und Herren statt. Herr Unteroffizier Professor D. Drems wird einen Vortrag halten über: Erinnerungen an mein mütterliches Leben. Außerdem werden verschiedene Darbietungen musikalischer, dramatischer und geselliger Art. Die Einladung ergeht auf Herrn Pastor Hübler übernommen. Am Abend mittags 5 Uhr findet die Begrüßungsfeier für ein Firmanden statt. Der Zutritt zu diesen Veranstaltungen ist frei.

Der preussische Verein für Feuerbestattung veranlaßt am Sonntag, den 19. März, 12 Uhr mittags im Reichstagsgebäude in Berlin eine Verammlung zur Begrüßung des dem Abgeordnetenhaus vorgelegten Gesetzentwurfes. Außer den Delegierten der einzelnen Vereine sind auch die Mitglieder des Abgeordneten- und des Herrenhauses geladen. Auch der hiesige Feuerbestattungsverein wird durch einige Vorstandsmitglieder auf dieser wichtigen Tagung vertreten sein.

## Provinzial-Nachrichten.

### Kommunale Kreditanstalt für zweite Hypotheken.

Göttingen, 14. März. In richtiger Erkenntnis der sozialen Aufgaben unserer Zeit hat die Stadterhaltung Verhandlungen eingeleitet, um mit kommunalen Mitteln eine Geldstelle zu schaffen, aus der 2. Hypothekendarlehen gegeben werden sollen.

Was den Sparkassen zufolge der strengen Anweisungen der Aufsichtsbehörden nicht gestattet ist, soll von der zu erlöschenden Kreditstelle der Stadt gegeben werden. Befähigt dürfen diese Sparkassen nur bis zur Hälfte, in Ausnahmefällen bis zu 60 Proz. des Tagewerkes die Grundstücke beliehen. Ein weiteres Darlehen läßt sich dann gar oft überhaupt nicht oder doch nur mit großen Opfern beschaffen, die nicht selten den Zusammenbruch herbeiführen. Verhältnißmäßig sollen bei Darlehen auf 2. Hypothekens vor allem gemeinnützige Baugesellschaften, Beamte, kleinere Kaufleute und Handwerker werden, weniger die Baunternahme, die fortwährend Häuser zum Verkauf herstellen. Die Stadt hat ein leistungsfähiges, daran eine gesunde Entwicklung der Baugewirtschaft zu fördern, besonders hiesiger Mittel- und Klein- und Kleinhändler zu schaffen. Die Mittel zu dem geplanten Unternehmen würden aus bestehenden Fonds fließen oder durch Anleihen aufzubringen sein. Die Tilgungen der letzteren würden durch die Beiträge der Schuldner zu geschehen haben, wenn auch in langamerer Tempo als es sonst der Fall ist.

Hildburghausen, 10. März. (Die Reifeprüfungen am hiesigen Technikum) für das Wintersemester 1910/11 haben gestern und heute mit den mündlichen Prüfungen unter Vorsitz des Regierungskommissars Oberbaudirektor Frihe-Meininger ihren Abschluß gefunden. Insgesamt haben sich 85 Kandidaten daran beteiligt, von denen 3 vor der mündlichen Prüfung zurücktraten. Die übrigen 82 Kandidaten haben das Reifezeugnis erlangt. In der Ingenieurklasse der Maschinen- und Elektrotechnik waren es 20 Kandidaten, von denen 3 mit „Auszeichnung“, 5 mit „Recht gut“, 7 mit „Gut“ und 5 mit „Bestanden“ ihre Prüfung abgaben. In der Maschinen- und Elektrotechnikklasse waren es 24 Kandidaten, von denen 3 das Prädikat mit „Auszeichnung“, 4 mit „Recht gut“, 6 mit „Gut“ und 11 mit „Bestanden“ erhielten. In der Werkmeisterklasse 5 Kandidaten, 1 erhielt das Prädikat „Recht gut“, 4 das Prädikat „Gut“ bestanden. In der vom Königreich Preußen anerkannten Baugewerksklasse beteiligten sich 88 Kandidaten, 11 in der Hochbau-Abteilung und 22 in der Tiefbau-Abteilung. In der letzteren erhielten 4 das Prädikat „Gut“ und 11 „Bestanden“ zuerkannt. Das Sommersemester 1911, das 70ste Semester des Technikums, beginnt am 4. April.

### Waldschule.

Nordhausen, 15. März. (In Einrichtung einer Waldschule haben die Stadterhaltung in ihrer letzten Sitzung 1000 M. bereitgestellt. Diese Einrichtung soll besonders Kranken, Krüppeln, Kindern zugute kommen. Die Waldschule soll in der Nähe des neuen Gartens errichtet werden.

Weisenfels, 16. März. (Stabtrainswahl.) In der letzten Sitzung der Stadterhaltung wurde an Stelle des verstorbenen Stadtrats Oberster Brauermeister Paul Wirth zum Stadtrat gewählt.

Querfurt, 13. März. (Sonntagsruhe der Verate.) Der Verein der Kerze des Kreises Querfurt hat, um seinen Mitgliedern größere Sonntagsruhe zu ermöglichen, folgenden Beschluß gefaßt: Für jeden Sonntags gewünschten Besuch oder Unterbringung in der Sprechstunde wird der doppelte Betrag erhoben. Sprechstunde Sonntags nur von 8 bis 9 Uhr vormittags für dringende Fälle.

Quedlinburg, 14. März. (Die Einweihung) des von der Stadt erbauten Lepretariums, das der Stadt mietsweise übernimmt, findet am 25. April statt. Der gewaltige Bau, der sich auf einer Anhöhe im Süden der Stadt erhebt, überragt nicht nur die, sondern auch die ganze Um-

Anschlag hieran kam eine Resolution der Sozialdemokraten zur Annahme, die den Reichsanwalt für das nächste Jahr um eine Denkschrift ersucht über die Entwicklung der Kallifonditrate und über die Gestaltung ihrer Arbeitsergebnisse.

Hierauf bewilligt die Budgetkommission Petitionen, nach deren Erledigung man wieder auf das Kallifonditrate will, und zwar im Zusammenhang mit der amerikanischen Frage. Bei der Abstimmung über die Propagandagehälter wurde die Resolution der Fortschrittlichen in der Volkspartei, wonach die Gelder den beteiligten Organisationen direkt unter Umgehung der Kallifonditrate gegeben werden sollten, abgelehnt.

Nach einer Erklärung des Auswärtigen Amtes über die Kallifrage, will die amerikanische Regierung den Kallifondit mit Deutschland durch private Verhandlungen aus der Welt schaffen.

### Die Kurpfuscherkommission

lehnte am Donnerstag die Beratung der Verbotsbestimmungen des § 3 der Regierungsvorlage fort. Die dritte Sitzung, in der den nichtprobieren gewerkschaftlichen Bestritten die Verhandlungen mittels Synopsen zu beenden wird, fand auf seiner Seite Widerspruch und wurde angenommen. Die siebente Sitzung enthielt das Verbot der Behandlung unter Anwendung von Betäubungsmitteln, mit Ausnahme solcher, die nicht über den Ort der Anwendung hinauswirken (lokaler). Von der Regierung auf die Gefährlichkeit der Anwendung von Betäubungsmitteln durch nicht genügend Vorgebildete hingewiesen. Dagegen führt ein Redner Fälle an, in denen es zur Linderung augenblicklicher großer Schmerzen oft nötig sei, auch durch Krankenpflegezwecken Einprünge machen zu lassen. Von anderer Seite werden andere weitgehende Folgen dieses Verbotes betont. Hier würden zum Beispiel den Zahnärzten gegenüber den Dentisten unredigierliche Vorteile eingeräumt. Der Regierungsvorleger erwidert, den Dentisten würde ja durch die Fassung des Entwurfes eine dringliche Anwendung solcher Mittel gestattet, nur eine Behandlung, die auf den ganzen Organismus wirke, solle verboten sein. Ein Redner wünscht eine genauere Bestimmung dieser Bestimmungen. Der Entwurf wolle ja gar nicht die Dentisten ausschließen, aber es sei bekannt, daß oft nicht leichte Betäubungsmittel, besonders bei herzlebenden Personen, eine sehr gefährliche Wirkung haben können. Die Beratungen werden fortgesetzt.

## Parteinachrichten.

### „Mutter und Tochter.“

Nationalliberalismus und Sozialdemokratie als Mutter und Tochter zu bezeichnen, blieb dem neuen Mitglied des Herrenhauses, Klempnerobermeister F. Plate in Hannover, vorbehalten. Die „Nationallib. Corr.“ schrieb zu diesem „neidlichen Gedanken“, daß sich Herr Plate wohl „nicht recht überlegt hat, was er schreibt“. Sie erwartet, daß er „wenigstens den Mut besitzt, seine leistungstheoretische und öffentlich zu begründen“. Obermeister Plate hat darauf dem „Dann. Cour.“ mitgeteilt, daß er die Wendung „Mutter und Tochter“ (Nationalliberalismus und Sozialdemokratie) allerdings gebraucht habe, jedoch in einem einzigen und durchaus vertikalischen Briefe an einen ihm bekannten Handwerksmeister, und daß er keineswegs für die Deffinitheit bestimmt war, und Herr Plate die Wendung nicht aufrecht erhalte. Der Brief lautet u. a.: „Denken Sie an das bombastische Erfurt, unseres seligen Kollegen Jakobsförsters alte Domäne, denken Sie an Hannover-Blinden mit dem nervensüchtigen Kampfe gegen die besten Kräfte, die Mutter und Tochter (Nationalliberalismus und Sozialdemokratie) aufwießen kann.“

Eine Stärkung für das liberale Element im Herrenhaus wird Obermeister Plate, der bei den letzten Reichstagswahlen als Wider in Hannover gegen die Nationalliberalen kandidiert hat, wohl kaum bedeuten.

## Kleine vermischte Nachrichten.

Der Deutsche Gruben- und Fabrikbeamten-Verband e. V. in Bodoim, eine bekannte Organisation der Industriearbeiter zur wirtschaftlichen Selbsthilfe, beging am 11. und 12. März die Einweihung seines neuerbauten Verwaltungsgebäudes, verbunden mit der Feier des 20jährigen Bestehens des Verbandes. An der Feier nahmen etwa 1000 Personen aus allen deutschen Gauen teil. Glückwünsche und Grüße hatten außer den näher befreundeten Kreisen auch zahlreiche Großindustrielle, Parlamentarier und Staatsmänner gesandt. Die Mitglieder des Verbandes, die nach den Ausführungen in der Festansprache des Verbandsvorstandes E. Goeckel-Bodoim in sozialpolitischer Beziehung in Vebereinstimmung mit dem Verbandsvorstand Wert darauf legen, mit ihren Arbeitgebern in Frieden und Eintracht zu leben, zählten z. B. 14 500, während die gesamten Referenzen für die zahlreichen Wohlfahrtseinrichtungen 3 Millionen Mark betragen.

Zum Fall Jatho meldet der Draht der Post, Stg. aus Köln: Bei der Repräsentantenwahl der evangelischen Gemeinde Wis-Adm, die völlig unter dem Zeichen der Jatho-Angelegenheit stand, siegte die Liste der Liberalen mit 3260 Stimmen über die der Postisten mit 1410 Stimmen. Das Verhältnis über die Zusammenfassung der Repräsentation wird dadurch, wie im Gegensatz zu anderweitigen, bereits verbreiteten Meldungen feststellbar ist, nicht geändert, da fast ausschließlich die liberalen Repräsentanten auswichen und die Liberalen auch drei politische Kandidaten auf ihre Liste gestellt hatten.

## Hof- und Personalnachrichten.

Der Kaiser hat den Reichsanwalt v. Bethmann-Hollweg eingeladen, beim Stapellauf des ersten Turbinenschiffes der deutschen Marine, „Eisack Gibraltar“, auf der kaiserlichen Yacht in Kiel am 22. März die Taufrede zu halten. Den Taufakt wird die Kaiserin vollziehen. Staatssekretär v. Tzipitz wird ebenfalls beim Stapellauf zugegen sein.

Der König von Sachsen am Weissen Hof. Nach einer in Dresden eingegangenen Meldung ist der König von Sachsen am 15. März in Kent am Weissen Hof angetroffen.





